



AMTSBLATT

der Stadt Mönchengladbach

Nr. 33

Jahrgang 48
31. Oktober 2022

Der Oberbürgermeister gibt bekannt:

Info zur Seitenzahl des Amtsblattes

Die Seitenzahlen 271 - 272 wurden nicht vergeben und gelten als Fehlseiten.

Widerspruchsrechte gegen Datenübermittlungen nach dem Bundesmeldegesetz (BMG) vom 03. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Juli 2022 (BGBl. I S. 1182) geändert

Der Fachbereich Bürgerservice als Meldebehörde darf gemäß den nachfolgenden Rechtsvorschriften Melderegisterdaten von Personen (Einwohnern) an die genannten Stellen übermitteln. Die Daten, welche übermittelt werden dürfen, sind im Detail den genannten Rechtsvorschriften zu entnehmen.

- § 58 c Abs. 1 Soldatengesetz (SG)
i.V.m. § 36 Abs. 2 BMG

Dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr dürfen zum Zweck der Übersendung von Informationsmaterial Daten zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die im nächsten Jahr volljährig werden, übermittelt werden.

- § 42 Abs. 2 und 3 BMG

Öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften dürfen Daten von Familienangehörigen (Ehegatten, minderjährige Kinder und Eltern minderjähriger Kinder) der Mitglieder einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft erhalten, wenn diese nicht derselben oder

keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft angehören. Dies gilt nicht, wenn Daten für Zwecke des Steuererhebungsrechts der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft übermittelt werden.

- § 50 Abs. 1 BMG

Parteien, Wählergruppen und anderen Trägern von Wahlvorschlägen darf im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene zur Wahlwerbung in den sechs der Wahl oder Abstimmung vorangehenden Monaten Auskunft über Gruppen von Wahlberechtigten erteilt werden, soweit für deren Zusammensetzung das Lebensalter der Betroffenen bestimmend ist.

- § 50 Abs. 2 BMG

Mitgliedern parlamentarischer oder kommunaler Vertretungskörperschaften sowie Presse oder Rundfunk darf die Meldebehörde auf Verlangen Auskunft aus dem Melderegister über Alters- oder Ehejubiläen von Einwohnern erteilen. Altersjubiläen sind der 70. Geburtstag, jeder fünfte weitere Geburtstag und ab dem 100. Geburtstag jeder folgende Geburtstag; Ehejubiläen sind das 50. und jedes folgende Ehejubiläum.

- § 50 Abs. 3 BMG

Adressbuchverlagen dürfen für die Herausgabe von Adressbüchern Auskünfte zu allen Einwohnern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erteilt werden.

Nach den §§ 36 Abs. 2, 42 Abs. 3 bzw. 50 Abs. 5 des BMG haben die betroffenen Personen das Recht der Übermittlung ihrer Daten zu widersprechen. Von

dem Widerspruchsrecht kann bei der Neuanmeldung in Mönchengladbach, bei einer Anmeldung innerhalb von Mönchengladbach oder durch eine Erklärung zu einem späteren Zeitpunkt Gebrauch gemacht werden. Entsprechende Formulare werden bei den Meldestellen sowie auf der Homepage der Stadt Mönchengladbach (www.moenchengladbach.de) bereitgestellt.

Mönchengladbach, den 25.10.2022

Felix Heinrichs
Oberbürgermeister

Bezeichnung der Bauleistung:

Kurzbezeichnung
Projekt 2018-023 Fahrbahnübergänge aus Asphalt - Sanierung Fahrbahnübergänge
Vergabenummer
66-2022-080
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Auftragsbekanntmachung National Bekanntmachungstext

- a) **Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):**

Bezeichnung: Stadt Mönchengladbach
Postanschrift: Rathausplatz 1,
41061 Mönchengladbach

E-Mail:
zentrale-vergabestelle-dezernatVI
@moenchengladbach.de

- b) **Gewähltes Vergabeverfahren:**
Öffentliche Ausschreibung

- c) **ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:**
Art der akzeptierten Angebote
- Elektronisch in Textform
- d) **Art des Auftrags:**
Ausführung von Bauleistungen
- e) **Ort der Ausführung:**
Stadtgebiet Mönchengladbach
- f) **Art und Umfang der Leistung:**
An den im LV näher erläuterten Brückenbauwerken sollen Fahrbahnübergänge aus Asphalt hergestellt werden. Dabei soll kein Bauverfahren nach ZTV-ING 8.2 ausgeführt werden. Die allgemeinen Begrifflichkeiten und die Prinzipskizze der Asphaltübergänge werden in diesem LV jedoch in direkter Anlehnung an die ZTV-ING 8.2 verwendet.
Für die Fahrbahnübergänge ist jeweils eine Fugenmulde mit einer vom AG vorgegebenen Breite zu erstellen, welche mit einer Splittmastixasphalt Deckschicht zu verfüllen ist. Der Fugenspalt zwischen den Brückenüberbauten bzw. zwischen dem Brückenüberbau und dem Straßenoberbau der freien Strecke sind mit einem Abdeckstreifen in Anlehnung an die ZTV-ING 8.2 auszuführen.
Der Abdeckstreifen ist mit Fixierstiften gegen verrutschen zu sichern und mit einer Bitumen-Heißvergussmasse zu übergießen. Der eingebaute und ausgehärtete Asphalt ist genau über dem Fugenspalt ca. 5,00 cm Breit einzuschneiden und mittels einer Fugenvergussmasse zu verfüllen. Die Tiefe des vorgenannten Einschnitts ergibt sich analog zur vorherigen Frästiefe der Fugenmulde. Die Lage des Fugenspalts ist im Rahmen der Fräsarbeiten zu bestimmen und an beiden Enden (seitlich der Fahrbahnen zu markieren. Die Fugenmulde ist jeweils inklusive der Markierungen zu fotografieren. Die Fotos sind dem AG zu übersenden und den jeweiligen Abrechnungsunterlagen beizufügen.
Die Fahrbahnübergänge sind grundsätzlich nur in den Asphaltflächen im Bereich der Straße zwischen den Borden auszuführen. Die Übergänge in den Geh- und Radwegflächen sind nicht zu sanieren. Es sei denn, sie werden im Einzelfall im Leistungsverzeichnis explizit erwähnt und ausgeschrieben.
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:**
Erbringung von Planungsleistungen:
Nein
- h) **Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:**
Die Vergabe wird nicht in Lose aufgeteilt.
- i) **Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:**
Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Beginn: spätestens 30 Werktage nach Aufforderung
Ende: spätestens am 31.03.2023
- j) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:**
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- k) **gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:**
Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen
- l) **Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt l) elektronisch:**
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsSatellite/notice/CXPTYD0DBH0/documents>
- m) **Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:**
- n) **Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:**
- o) **Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:**
Angebotsfrist: 07.11.2022 10:00 Uhr
Bindefrist: 07.12.2022
- p) **Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:**
Eine Abgabe per Post ist nicht möglich.
Die Abgabe elektronischer Angebote unter
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsSatellite/notice/CXPTYD0DBH0>
unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.
- q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**
DE
- r) **Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:**
Niedrigster Preis
- s) **Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen**
07.11.2022 10:00 Uhr
Ort der Öffnung:
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform
<https://www.vmp-rheinland.de>
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.
- t) **Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:**
- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:**
- v) **Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:**
- w) **Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:**
Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:
- HVA B-StB Unterauftrag-/Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Unterauftrag-/ Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- HVA B-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes

Hauptangebot einer Bietergemeinschaft

- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eig-nung (falls keine PQ-Nummer vor-handen bzw. die PQ-Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- Eigenerklärung Mindestlohngesetz

Unterlagen, die auf Verlangen der Ver-gabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eig-nung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich be-schäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra aus-gewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregis-terauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Han-delskammer
- Rechtskräftig bestätigter Insolvenz-plan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenz-planes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheini-gung in Steuersachen, falls das Fi-nanzamt eine solche Bescheini-gung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zu-ständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Nachweise hinsichtlich einer even-tuell durchgeführten Selbstreini-gung
- Zur Höhe des Umsatzes Bestäti-gung eines vereidigten Wirt-schaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresab-schlüsse oder entsprechend tes-tierte Gewinn- und Verlustrechnun-gen

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Verga-bebestimmungen wenden kann:

Bezeichnung:
Bezirksregierung Düsseldorf
– Dezernat 34 –
Postanschrift:
Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Sonstige Informationen für Bieter:

Die Kommunikation und auch Ange-botsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der verein-

barten „Textform“ nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absen-ders.

Das bedeutet, dass Anfragen und An-gebote, die schriftlich, per Fax, telefo-nisch oder mittels eMail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen: 31.10.2022
Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden:
nachgefordert

Bekanntmachungs-ID:
CXPTYD0DBH0

Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

**a) Öffentlicher Auftraggeber
(Vergabestelle)**

Name Stadt Mönchengladbach
Straße Rathausplatz 1
Plz, Ort 41061, Mönchengladbach
E-Mail
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

b) Vergabeverfahren Öffentliche Aus-schreibung, VOB/A
Vergabenummer GMMG-2022-190

c) Angaben zum elektronischen Ver-gabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen
- ohne elektronische Signatur
(Textform)

d) Art des Auftrags
- Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung
Kath. Grundschule Ohler, Konradstr.
72-74, 41069 Mönchengladbach

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose
Erweiterungsbau zur Schaffung von neuen Betreuungsplätzen für den offe-nen Ganztag. Trockenbauarbeiten

g) Angaben über den Zweck der bau-lichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen ge-fordert werden
Zweck der baulichen Anlage Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)
- nein

i) Ausführungsfristen
- Beginn der Ausführung 20.03.2023
- Fertigstellung oder Dauer der Lei-stungen 12.07.2023

j) Nebenangebote

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Ver-gabeunterlagen

Vergabeunterlagen

- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DB5K/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden -nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist

am 07.11.2022 um 10:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist am 07.12.2022

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DB5K>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
DE

r) Zuschlagskriterien

- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
KriteriumGewichtung
Niedrigster Preis

s) Eröffnungstermin

am 07.11.2022 um 10:30 Uhr

Ort

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Personen, die bei der Eröffnung anwe-send sein dürfen

Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelas-sen.

t) geforderte Sicherheiten

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vor-schriften, in denen sie enthalten sind

v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften

w) Beurteilung der Eignung

Unterlagen, die mit dem Angebot ab-zugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmer-leistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer ver-gaben werden sollen)

- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße
 Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)
 Name Bezirksregierung Düsseldorf
 – Dezernat 34 –
 Straße Postfach 30 08 65
 Plz, Ort 40408, Düsseldorf

Sonstiges

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der vereinbarten "Textform" nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.

Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels eMail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen:

27.10.2022

Bekanntmachungs-ID:
 CXPTYD0DB5K

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Feuerwehr –, 41050 Mönchengladbach, vergibt im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Ort der Leistung:
 Stadtgebiet Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:
 Gutachterliche Tätigkeit zur Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplans

Aufteilung in Lose:
 nein

Ausführungsfrist:
 Sofort nach Auftragsvergabe

Fachliche Auskunft erteilt:
 Frau Wilde,
 Fachbereich Feuerwehr

Vergaberechtliche Auskunft erteilt:
 Herr Halbowski,
 Fachbereich Organisation und IT

Die Angebotsunterlagen sind erhältlich und einzusehen ab sofort auf dem Vergabemarktplatz Rheinland www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer "37-2022-005".

Die Bieterkommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Rheinland geführt.

Ablauf der Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen:
 08.11.2022, 12:00 Uhr

Angebotsfrist:
 23.11.2022, 12.00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:
 digital über den Vergabemarktplatz Rheinland

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

- Referenzen über eine vergleichbare gutachterliche Tätigkeit

Die Wertungskriterien in der Ausschreibung sind wie folgt festgelegt:
 40 % Preis
 50 % Konzept
 10 % Ausführungsfrist

Bindefrist:
 31.12.2022

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. §§ 41, 46 UVGO.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen.

Stadt Mönchengladbach
 Der Oberbürgermeister
 – Fachbereich Organisation und IT –

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Fachbereich Bibliothek und Archiv –, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Ort der Leistung:
 Stadtgebiet Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:
 Lieferung und Installation von Medien-/Veranstaltungstechnik für die Zentralbibliothek der Zukunft zb+

Aufteilung in Lose:
 nein

Ausführungsfrist:
 bis spätestens Ende I. Quartal 2023

Fachliche Auskunft erteilt:
 Frau Behrendt,
 Fachbereich Bibliothek und Archiv

Vergaberechtliche Auskunft erteilt:
 Herr Halbowski,
 Fachbereich Organisation und IT

Die Angebotsunterlagen sind erhältlich und einzusehen ab sofort auf dem Vergabemarktplatz Rheinland www.evergabe.nrw.de

unter der Vergabenummer "10-2022-048". Die Bieterkommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Rheinland geführt.

Ablauf der Angebotsfrist:
 10.11.2022, 12:00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei:
 digital über den Vergabemarktplatz Rheinland

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

- Eigenerklärung über Ausschlussgründe, gewerberechtliche Voraussetzungen, Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt und der nicht vom Finanzamt erhobenen Steuern, sowie der Beiträge zur Sozialversicherung - Formular 521
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz einschließlich des Umsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags der letzten 5 Jahre
- Nachweis einer Berufs- oder Betriebspflichtversicherung in folgender Höhe: mindestens 2,5 Mio € für Personen- und Sachschäden sowie 50.000,00 € für Vermögensschäden
- Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen
- Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt
- Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohnengesetz - Formular 522
- Eigenerklärung über gewerberechtliche Voraussetzungen

- Liste der wesentlichen in den letzten 5 Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Wertes, des Zeitraums der Leistungserbringung und des Auftraggebers.

Die Zuschlagskriterien in der Ausschreibung sind wie folgt festgelegt:

- **100 % Preis.**

Bindefrist:

03.01.2023

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. §§ 41, 46 UVgO.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen.

Stadt Mönchengladbach

Der Oberbürgermeister

- Fachbereich Organisation und IT -

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Mönchengladbach – Stabsstelle I/2 – Strategische Entwicklung Smart City, 41050 Mönchengladbach, vergibt in öffentlicher Ausschreibung

Ort der Leistung:

Stadtgebiet Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:

Durchführung eines digitalen Multiperspektiv-Bildflugs für das gesamte Stadtgebiet Mönchengladbach

Aufteilung in Lose:

nein

Ausführungsfrist:

01.03.2023 – 31.05.2023

(Befliegszeitraum)

bis spätestens 30.06.2023

(Nachbearbeitungszeitraum)

Fachliche Auskunft erteilt:

Frau Otten,

Stabsstelle I/2 - Strategische

Entwicklung Smart City

Vergaberechtliche Auskunft erteilt:

Herr Halbowski, Fachbereich Organisation und IT

Die Angebotsunterlagen sind erhältlich und einzusehen ab sofort auf dem Vergabemarktplatz Rheinland www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer "10-2022-047". Die Bieterkommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Rheinland geführt.

Ablauf der Angebotsfrist:

10.11.2022, 14:00 Uhr

Einzureichen in deutscher Sprache bei: digital über den Vergabemarktplatz Rheinland

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

- Eigenerklärung über Ausschlussgründe, gewerberechtliche Voraussetzungen, Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt und der nicht vom Finanzamt erhobenen Steuern, sowie der Beiträge zur Sozialversicherung – Formular 521
- Eigenerklärung nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz – Formular 522
- Eigenerklärung über gewerberechtliche Voraussetzungen.

Die Zuschlagskriterien in der Ausschreibung sind wie folgt festgelegt:

- **100 % Preis.**

Bindefrist:

03.01.2023

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. §§ 41, 46 UVgO.

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen.

Stadt Mönchengladbach

Der Oberbürgermeister

- Fachbereich Organisation und IT -

Bekanntmachung Öffentliche Ausschreibung

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name Stadt Mönchengladbach

Straße Rathausplatz 1

Plz, Ort 41061, Mönchengladbach

E-Mail zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer GMMG-2022-191

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

- ohne elektronische Signatur (Textform)

d) Art des Auftrags

- Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung

Kath. Grundschule Ohler,

Konradstr. 72-74,

41069 Mönchengladbach

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose

Erweiterungsbau zur Schaffung von neuen Betreuungsplätzen für den offenen Ganzttag. Estricharbeiten

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen Anlage Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)

- nein

i) Ausführungsfristen

- Beginn der Ausführung
15.05.2023
- Fertigstellung oder Dauer der Leistungen
26.05.2023

j) Nebenangebote

- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

k) mehrere Hauptangebote

- zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen

- werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DB5Z/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- nachgefordert

o) Ablauf der Angebotsfrist

am 11.11.2022 um 10:30 Uhr

Ablauf der Bindefrist **am 11.12.2022**

p) Adresse für elektronische Angebote

<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DB5Z>

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

r) Zuschlagskriterien

- nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
Kriterium Gewichtung
Niedrigster Preis

s) Eröffnungstermin

am 11.11.2022 um 10:30 Uhr

Ort

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform

<https://www.vmp-rheinland.de>

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.

t) geforderte Sicherheiten

u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

v) **Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

w) **Beurteilung der Eignung**

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

x) **Nachprüfung behaupteter Verstöße**

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)
Name Bezirksregierung Düsseldorf
– Dezernat 34 –
Straße Postfach 30 08 65
Plz, Ort 40408, Düsseldorf

Sonstiges

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich

über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der vereinbarten „Textform“ nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.

Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels eMail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen: 06.11.2022
Bekanntmachungs-ID: CXPTYD0DB5Z

Auftragsbekanntmachung Bauauftrag

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung:
Stadt Mönchengladbach,
Dezernat Planen, Bauen, Mobilität,
Umwelt – VI/V – Vergabestelle –
Postanschrift: Rathausplatz 1
Ort: Mönchengladbach
NUTS-Code: DEA15
Mönchengladbach, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 41061
Land: Deutschland
E-Mail:
zentrale-vergabestelle-dezernatVI@moenchengladbach.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse:
<https://www.moenchengladbach.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0DBHN/documents>

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0DBHN>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Soziale Stadt Rheydt II – 3I Aufwertung Maria-Lenssen-Garten – Garten- und Landschaftsbau
Referenznummer der Bekanntmachung: 66-2022-082

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

45000000 Bauarbeiten

II.1.3) Art des Auftrags

Bauauftrag

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Garten- und Landschaftsbau

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose:
nein

II.2) Beschreibung

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

45112723 Landschaftsgärtnerische Bauleistungen für Spielplätze

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA15

Mönchengladbach, Kreisfreie Stadt
Hauptort der Ausführung:
Mühlenstraße 33 41236 Mönchengladbach auf dem Gelände des historischen Maria-Lenssen-Gartens

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Die Stadt Mönchengladbach beabsichtigt die Aufwertung und Umgestaltung des denkmalgeschützten Maria-Lenssen-Parkes. Im Zuge dieser Massnahmen sind Landschaftsbauarbeiten durchzuführen. Gegenstand der Ausschreibung: Landschaftsgärtnerische Arbeiten
Flächengröße ca. 5.200 m²

1. vorhandenen Aufwuchs entfernen
2. Abbruch von vorh. Mobiliar, Leuchten und Einfassungen
3. Anpassen der Wegeführung
4. Anlegen eines urban-gardening-Bereiches und eines begehbaren Klassenzimmers
5. Rasen- und Pflanzarbeiten
6. Lieferung und Einbau von Ausstattungsgegenständen

II.2.5) Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien
Preis

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 16/12/2022

Ende: 28/02/2023

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: ja

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ-

Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- Eigenerklärung Mindestlohngesetz
- Eigenerklärung Russlandsanktionen

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes abgegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung
- Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/11/2022

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 28/01/2023

IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 14/11/2022

Ortszeit: 10:00

Ort:

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabepattform

<https://www.vmp-rheinland.de>.

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren:

Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt.

Eine Unterschrift ist wegen der vereinbarten „Textform“ nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.

Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels eMail erfolgen, zurückgewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen:

02.11.2022

Sicherheit für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B):

Soweit die Auftragssumme bei einem Auftrag im Offenen Verfahren oder in einer Öffentlichen Ausschreibung mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten.

Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 VOB/B):

Nach erfolgter Abnahme ist Sicherheit für Mängelansprüche zu leisten. Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Summe der Abschlagszahlungen inkl. Umsatzsteuer zum Zeitpunkt der Abnahme.

Bekanntmachungs-ID:

CXPTYD0DBHN

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer Rheinland

Postanschrift:

Zeughausstraße 2-10

Ort: Köln

Postleitzahl: 50667

Land: Deutschland

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

14/10/2022

Bekanntmachung der Änderung der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)

Die Bezirksregierung hat die von der Verbandsversammlung am 13.06.2022 beschlossenen Änderungen der Zweckverbandssatzung zur Kenntnis genommen und gemäß § 20 Abs. 4 i.V.m. § 11 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf (Ausgabe Nr. 33 vom 18.08.2022) bekannt gemacht.

Auf diese Veröffentlichung wird hiermit gemäß § 11 Abs. 1 GkG hingewiesen.

KSG Kliniken-Service-Gesellschaft
Mönchengladbach mbH

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2021 der KSG Kliniken-Service-Gesellschaft Mönchengladbach mbH

Die Gesellschafterversammlung vom 1. Juli 2022 hat den Jahresabschluss 2021 der KSG Kliniken-Service-Gesellschaft Mönchengladbach mbH festgestellt und beschlossen den Jahresüberschuss von EUR 27.586,11 in Höhe von EUR 10.000,00 an die Muttergesellschaft auszusütten und in Höhe von EUR 17.586,11 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Jahresabschluss 2021 liegt in der Zeit vom 06.02.2022 bis 10.02.2022 in der Verwaltung der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH, Hubertusstr. 100, 41239

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Offenes Verfahren

Mönchengladbach jeweils von 8.00 Uhr - 13.00 Uhr und von 14.00 Uhr - 16.00 Uhr (außer Freitagnachmittag) zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmair & Partner GmbH hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Vorstehende Feststellungen werden hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Mönchengladbach, den 11.10.2022

gez. Thorsten Celary
Geschäftsführer

Städtische Kliniken
Mönchengladbach GmbH

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2021 der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH

Die Gesellschafterversammlung vom 12.07.2022 hat den Jahresabschluss 2021 der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH in der vom Aufsichtsrat der Gesellschaft geprüften Fassung festgestellt und beschlossen, den Jahresfehlbetrag von EUR 2.886.437,06 auf neue Rechnung vorzutragen.

Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Zeit vom 13.02.2022 bis 17.02.2022 in der Verwaltung der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH, Hubertusstr. 100, 41239 Mönchengladbach jeweils von 8.00 Uhr - 13.00 Uhr und von 14.00 Uhr - 16.00 Uhr (außer Freitagnachmittag) zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Heilmair & Partner GmbH hat folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH, Mönchengladbach, der zugleich Jahresabschluss des Krankenhauses Städtische Kliniken Mönchengladbach, Mönchengladbach, ist, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zum 31. Dezember 2021 sowie jeweils deren Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB i. V. m. § 30 KHGG NRW erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 30 KHGG NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Städtische Kliniken Mönchengladbach GmbH sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deut-

schen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen. Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Krankenhausträgersgesellschaft und des Krankenhauses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Krankenhausträgersgesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,

den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB i. V. m. § 30 KHGG NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können,
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Krankenhausträgergesellschaft und des Krankenhauses abzugeben,
- beurteilen wir die Angemessenheit der

von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben,

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Krankenhausträgergesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Krankenhausträgergesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen können,
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Krankenhausträgergesellschaft vermittelt,
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Krankenhausträgergesellschaft,
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insb. die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und be-

urteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Krefeld, den 31. Mai 2022

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Nauen
Wirtschaftsprüfer

Vorstehende Feststellungen werden hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Mönchengladbach, den 11.10.2022

gez. Thorsten Celary
Geschäftsführer

Aufgebot eines Sparkassenbuches

Für das nachstehend aufgeführte verlorengegangene Sparkassenbuch, ausgestellt von der Stadtsparkasse Mönchengladbach, ist die Kraftloserklärung beantragt worden:

**Sparkassenbuch-Nr.:
4300984426**

Der/Die Inhaber:in des vorgenannten Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten, spätestens am 18. Januar 2023 seine/ihre Rechte anzumelden und das Sparkassenbuch vorzulegen, andernfalls wird dieses für kraftlos erklärt.

Mönchengladbach, den 18. Oktober 2022

STADTSPARKASSE
MÖNCHENGLADBACH
Der Vorstand



Stadt Mönchengladbach, 41050 Mönchengladbach
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt

„Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ - Herausgeber:
Der Oberbürgermeister – Fachbereich Organisation und
IT, Wilhelm-Strauß-Straße 50-52, 41236 Mönchenglad-
bach, Telefon (02161) 25-2565 oder 25-2563. Das Amts-
blatt erscheint in der Regel am 15. und Letzten
eines Monats. Der Jahresbezugspreis einschließlich Post-
zustellgebühren beträgt 20,45 EURO, zahlbar im Voraus
nach Erhalt der Rechnung. Einzelexemplare werden im
Fachbereich Organisation und IT zum Preis von 0,77
EURO abgegeben. In den Stadtbibliotheken und in den
Bezirksverwaltungsstellen liegt das Amtsblatt zur Einsicht-
nahme aus. Neu- bzw. Abbestellungen nimmt Fach-
bereich Organisation und IT nur schriftlich entgegen.
Kündigungen sind bis spätestens 30. November (Post-
stempel) nur zum Ende des Jahres möglich.

Druck: Peter & Walter Pies, 41065 Mönchengladbach.

Fahrradausleihe per App gibt's jetzt auch in den Außenbezirken

Zahl der Verleih-Stationen in Mönchengladbach steigt von 33 auf 45

Den QR-Code am Schutzblech einscannen, einmal über's Handy wischen – und losfahren. So einfach kann umweltfreundliche und flexible Mobilität sein. Möglich macht das in Mönchengladbach seit 2018 das stadtweite Fahrrad-Verleihsystem von NEW MöBus nextbike. Seit vergangenen Freitag können die Räder an elf weiteren Standorten per Handy-App oder Anruf gemietet werden – unter anderem in Neuwerk, Bonnenbroich-Geneicken, Odenkirchen, Rheindahlen und zweimal in Wickrath. Eine weitere Station in Holt soll zeitnah folgen.

Die Zahl der Ausleihstationen auf Mönchengladbacher Stadtgebiet steigt damit von 33 auf 45 an. Rund 250 Fahrräder sind im Einsatz. Für den Fahrrad-Verkehr in und zwischen den beiden großen Zentren Gladbach und Rheydt ist das System bereits gut etabliert. Mit den neuen Standorten werden jetzt gezielt zentrale Plätze und Mobilitätsknotenpunkte in den Außenbezirken erschlossen, etwa Bahnhöfe und Marktplätze.

Diese Stationen sind neu:

Bahnhof Odenkirchen
Bahnhof Wickrath
Wickrath Markt
Hardt Markt
Konstantinplatz Giesenkirchen
Bushaltestelle Künkelstraße
Neuwerk Markt
Hilderather Straße Rheindahlen
Rohrplatz
Schloss Rheydt
Am Wasserturm

Stadtdirektor und Technischer Beigeordneter Dr. Gregor Bonin sieht in dem Angebot einen wichtigen Baustein für das städtische Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Mobilität: „Ein breites Angebot an unterschiedlichen und schnell verfügbaren Transportmitteln wird ein wesentlicher Baustein einer erfolgreichen Verkehrswende sein. Dafür müssen Erfolgsrezepte aus den Innenstadtbereichen auf den ländlichen Raum übertragen werden. Mit den neuen Stationen des Fahrrad-Ausleihsystems macht Mönchengladbach einen weiteren Schritt in Richtung zukunftsfähiger Mobilität.“

Betreiber des Systems ist die nextbike GmbH. Die NEW als örtlicher Busbetreiber sponsert das Angebot. NEW-Vorstand Thomas Bley freut sich über die neuen Angebote im ländlichen Raum: „Die NEW mobil und aktiv ist sehr daran interessiert, passende Mobilitätsangebote für die urbanen und die ländlichen Bereiche des Stadtgebiets gleichermaßen zur Verfügung zu stellen. Ich kann nur allen Bürgerinnen und Bürgern empfehlen, von den neuen Leihrädern Gebrauch zu machen!“

Für Abokunden der NEW ist die erste halbe Stunde der Fahrrad-Ausleihe kostenlos. Ebenso für Nutzer, die bei der nextbike GmbH einen Monatstarif abschließen. Im Basistarif kostet die Fahrt pro halbe Stunde mit dem Leihrad 1,00 Euro und maximal 9,00 Euro pro Tag. Gebucht werden können die Räder über die nextbike-App oder eine Hotline. Die Räder sind mit GPS ausgestattet, sodass die aktuellen Standorte abgerufen werden können, um ihre Verfügbarkeit zu prüfen. Zudem dient das GPS als Diebstahlschutz, da die Räder immer wieder lokalisiert werden können. Die nextbike GmbH ist europäischer Marktführer im Bereich Bike-Sharing.